

2 | Juni 2019

Magazin für Mitglieder und Freunde der AfD

Trend

... neuer Zeitgeist



Inhalt

Seite 2 / 3

Editorial

SED contra
Arbeiter

Seite 4

Filmbesprechung
Der neue
James Bond

Seite 5

Von der KPD zur
LINKEN

Seite 6

Caroline Rosalis
K.-E. v. Schnitzler

Seite 7,

NDPD, Bauern-
partei, FDGB

Seite 8

Akif Pirincci: „Be-
richt aus einem
verlorenen Land“

Soziale DDR

Volksaufstand in der DDR: 17. Juni 1953

Editorial

Verehrter Leser,

vor Ihnen liegt die zweite Ausgabe des „Trend“, dem Magazin für Mitglieder und Freunde der AfD.

Sie werden sich vielleicht fragen, wen der **Abgeordnete Andreas Wild** damit erreichen will? Ganz einfach: Sie alle!

Die AfD hat inzwischen viele Formate institutionalisiert, doch lesbare re-

gelmäßige Erscheinungen außerhalb des Social-Media-Wirbelsturms sind rar.

Der kleine Mann auf der Straße hat ein Blatt verdient, das seine Wirklichkeit in Texte formt, die kritisch und anregend sind. Trend will informativ und unterhaltsam sein.

Es ist, wie man spätestens nun sehen kann, keine Eintagsfliege. Es werden künftig mindestens zehn Ausgaben

jährlich erscheinen, jeweils als Print- und Onlineausgabe.

Sie lieber Leser sind zum Mitmachen aufgefordert. Das kann in Form eines Leserbriefes oder eines redaktionellen Beitrags geschehen.

Interessierte Bezirksverbände und AfD-Repräsentanten können die Print-Version zum Selbstkostenpreis zur Weiterverteilung anfragen.

Ihr Andreas Wild

SED contra Arbeiter : Der 17. Juni 1953

Am 17. Juni 1953 dokumentierte die SED, was ihnen das Wohl der Arbeiterschaft bedeutete: Die Werktätigen sollten zehn Prozent mehr arbeiten – ohne Lohnausgleich. Zudem wurden schon Mittelschicht, Bauern und kleine Handels- und Gewerbebetriebe ungeniert in der DDR ausgeplündert und zur Flucht genötigt. Während sich in Westdeutschland und West-Berlin sich ein behaglicher Wohlstand breitmachte, gab es in der DDR sogar einen Mangel an Lebensmitteln. Das Wohlstandsgefälle zu Westdeutschland vergrößerte sich. Urlaubsreisen und ein VW-Käfer standen auf der Liste der durchaus erreichbaren Konsumwünsche.

Selbst in kleinen Dingen war das Gefälle groß: So kostete im Westen eine Tafel Schokolade 50 Pfennige, im Osten hingegen 8,00 Mark.

Bis 1958 gab es in der DDR Lebensmittelkarten. Bei Einbruch der Dunkelheit kam es sogar gelegentlich zu Stromabschaltungen. In der Provinz war die Stimmung noch schlechter als in den größeren Städten. Der Zorn war deswegen so groß, weil die roten

Volksfreunde der „Arbeiterklasse“ zuvor goldene Berge versprochen hatten, welche sich nun in dicken Nebelschwaden auflösten.

Ab dem 12. Juni 1953 wurden in kleineren Orten kommunistische Fahnen verbrannt, SED-Funktionäre verprügelt und Bürgermeister in Jauchegruben geworfen. Die Stasi notierte: „der faschistische Putschversuch am 17. Juni 1953 [hat] gezeigt, daß der Klassengegner seine Kräfte auf das Land konzentriert“. Am Dienstag, den 16. Juni 1953, kam es in der Stalinallee (heute Frankfurter Allee) zu ersten „wilden“ Streiks der Bauarbeiter. Ein Demonstrationzug zog zum Haus der Gewerkschaften des sogenannten Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Sie wollten den Gewerkschaftern Forderungen übergeben. Die „Gewerkschaftsfunktionäre“ lehnten Gespräche mit den Streikenden ab. Das entfachte den Zorn erst recht.

Am Folgetag brach der Aufstand gegen das SED-Regime flächendeckend aus. In 500 Städten und Ortschaften gab es Proteste, Streiks und Kundgebungen. Die Demons-



tranten besetzten 11 Kreisratsgebäude, 14 Bürgermeistereien, 7 Kreisleitungen und eine Bezirksleitung der SED, neun Gefängnisse und zwei Dienstgebäude der Stasi. Längst war nicht allein die Rücknahme der Normerhöhung das Thema. Freie Wahlen und die Wiedervereinigung waren Bestandteil der Forderungen.

Die Macht der Staatspartei wankte. Zwischen Angst und Unverschämtheit erklärte Ministerpräsidenten Otto Grotewohl von der SED im DDR Staatsfunk: Der Aufstand jedoch sei „das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer

Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen“. Alle Appelle halfen nichts. Bis zu 1,5 Millionen Menschen beteiligten sich an den Protesten – knapp 10 % der DDR-Bevölkerung.

Die SED mußte die Rote Armee zu Hilfe rufen, wenn sie weiter an der Macht bleiben wollte. Obwohl Stalin inzwischen gestorben war ließen seine Nachfolger die Rote Armee von der Leine. 34 Demonstranten wurden ermordet. An Panzerketten klebte Blut, die Granaten der Kampfwagenkanonen erstickten den Bürgerprotest. Vom 17. bis zum 22.

Juni 1953 „urteilten“ sowjetrussische Standgerichte, 19 Demonstranten starben durch Erschießungskommandos. Die „T 34“ Panzer hatten Walter Ulbrichts Regime gerettet. Aber damit nicht genug. DDR-„Justizministerin“ Hilde Benjamin ließ 1.526 Angeklagte vor ihre Gerichte zerren. Die Lager füllten sich wieder. Ganze 39 Angeklagte wurden freigesprochen. Der kommunistische Hofliterat Bertold Brecht zeigte – zu Recht – moralische Empörung. Er forderte die SED Machthaber sinngemäß auf „sich ein anderes Volk zu suchen“

Der 17. Juni 1953 zeigte klar, daß es der SED nicht um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft, sondern ausschließlich um den Erhalt der Macht ging.

Der Volksaufstand des 17. Juni wurde zum Trauma der SED-Büttel. Die Angst vor dem Volk wuchs, die Angst des Volkes vor den sowjetischen Panzerketten auch. Nun herrschte Ruhe im Lande.

Von 1954 bis 1990 war der 17. Juni in der Bundesrepublik Deutschland gesetzlicher Feiertag.

Die Kohl-Regierung änderte das. Nun war der 3. Oktober arbeitsfreier Feiertag. Das war der Tag, an dem der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wirksam wurde. Daß der 17. Juni als Feiertag in Deutschland abgeschafft wurde, entlastet die Partei der Täter von damals – die SED.

Andreas Wild



Die Arbeiter auf der Straße ... das Volk applaudiert ... der SED-Staat wankt

Filmbesprechung: Der neue James Bond

Ungefähr zehn Monate müssen sich die BondFans noch gedulden. Kinostart des 25. Abenteuers des Agenten ihrer Majestät soll der 13. Februar 2020 (Deutschlandstart eine Woche später) sein. Daniel Craig wird wieder die Hautrolle spielen. Die unverzichtbaren Nebenrollen „M“ (Bonds Chef), „Q“ (Waffentüftler) und „M“s Vorzimmerdame Money Penny wurden mit den bisherigen Schauspielern Ralph Fiennes, Ben Whishaw und Naomie Harris besetzt. Auf ausdrücklichen Wunsch von Craig wurde die 33jährige Französin Lea Seydoux dafür gewonnen, noch einmal die Rolle des Bond Girls (Madeleine Swann) zu spielen. Regie soll erstmals Cary Fukunaga führen. Der 1977 in Kalifornien als Sohn eines Japaners und einer Schwedin geboren wurde, ist was Regie angeht, ein weitgehend unbeschriebenes Blatt. Ob das ein Risiko ist, werden die Einspielergebnisse zeigen. Ursprünglich war für diese Aufgabe Danny Boyle vorgesehen, der sich aber angeblich mit Bond-Produzentin Barbara Broccoli und Hauptdarsteller Daniel Craig überworfen haben soll.



Die guten Ratschläge der Mainstream Presse im Vorfeld des Beginns der Dreharbeiten wurden von den beidem Bond Produzenten Barbara Broccoli und Michael G. Wilson nicht beachtet: Es wird keinen weiblichen Bond geben. Auch Forderungen nach einem schwarzen oder farbigen Bond fand keinen Anklang. Das mit sinkender Auflage kämpfende Magazin „DER SPIEGEL“ entblödete sich nicht, folgendes Frage zu stellen: „Wie wollen Sie sicherstellen, daß sich auch jüngere Zuschauer den Film ansehen werden? Unter ihnen sind schließlich Themen

wie Diversität und weibliche Selbstermächtigung sehr wichtig.“ Darauf Wilson: „Wir möchten mit unseren Filmen niemanden bekehren und auch keine spezifische politische Weltansicht vertreten.“ Eine Frage in umgekehrter Richtung an die SPIEGEL-Redaktion. Alle wollen Bond sehen, aber SPIEGEL-Leser werden immer weniger, wie kann das sein?

Im Frühjahr 2019 begannen die Dreharbeiten. Craig hat sich in diesen Tagen bei einer Szene leicht verletzt. Ansonsten gibt es zahllose Gerüchte: Stirbt Bond diesmal? Das ist fast ausgeschlossen, denn was wäre dann mit dem 26. Bond-Abenteuer?

Die Walther PPK

Die von 1931 bis 1999 von der schwäbischen Firma Walther in Ulm gebaute PPK erlangte durch den Einsatz in James Bond-Filmen legendären Ruhm. Die im Kaliber 6,0 mm, 7,65 mm und 9,00 mm gebaute extrem kurze Waffe mit der Zusatzbezeichnung „PPK“ steht nicht wie oft vermutet für „Polizeipistole kurz“ sondern für „Polizeipistole Kriminal“.

Sie ist aufgrund ihrer kleinen Maße gut verdeckt am Körper zu tragen. Durch den kurzen Lauf läßt sich allerdings mit ihr nur im 5-10-Meter-Bereich das Ziel zuverlässig treffen. Die PPK gilt mit einem Kimme-Korn-Abstand von nur 10 cm als äußerst zielgenau mit beschränkter Treffsicherheit.

A. Hohaus



A. Hohaus

Film „Nur eine Frau“: Unbedingt

Seit dem 8. Mai diesen Jahres ist in den Berliner Kinos der Film „Nur eine Frau“ zu sehen. Er thematisiert den Mord an Hatun Aynur Sürücü, die von ihrem jüngsten Bruder erschossen wurde – am helllichten Tag auf offener Straße. Ihre Familie hatte sie zum Tode verurteilt, weil sie sich den provinziell-islamischen Vorschriften denen sich eine Frau in diesen in Deutschland überall anwachsenden Parallel Gesellschaften nicht unterwerfen wollte. Der jüngste Bruder wurde vom Familienrat deswegen mit der Ausführung der Tat beauftragt, weil er als Minderjähriger in Deutschland eine geringere Strafe

zu erwarten hatte. Das Ganze trug sich 2005 zu. Regisseurin Sherry Hormann sorgt sich darum, daß ihr Film: „Meine größte Herausforderung bei diesem Film war es, den Populisten nicht in die Hände zu spielen.“ Was heißt hier „in die Hände spielen“? Mord ist Mord und Zwangsverheiratung in sogenannte „Ehrenmorde“ an Familienmitglieder gehören (noch) nicht zum Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland – und so soll es auch bleiben. Gerade deswegen sollten möglichst viele Menschen „Nur eine Frau“ im Kino sehen.

Von der KPD zur Linken Geschichte einer Kontinuität

Die Partei die LINKE behauptet, sie sei eine demokratische Partei. Sie hat eine totalitäre und sogar antisemitische Vergangenheit. Die KPD wurde in der Bundesrepublik Deutschland am 17. August 1956 als verfassungsfeindlich verboten. Damit war im Westteil Deutschland die Fratze der linken Gewaltherrschaft gebannt.

Sebastian Haffner stellte fest, daß die Weimarer Republik bei Ihrer Gründung sowohl von den Kommunisten als auch von der monarchistisch gesinnten Rechten in Frage gestellt wurde. Weiterhin vertritt Haffner die Auffassung, daß mit der Wahl des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg die monarchistischen Kreise zu Vernunft-Republikanern wurden. Die KPD und ihre Vorläuferorganisationen, wie zum Beispiel der Spartakusbund, zettelten bereits 1919 bürgerkriegsähnliche bewaffnete Aufstände an. Der letzte von ihnen gipfelte im 1. Mai 1929 als Kommunistenführer Ernst-Thälmann sein Fußvolk trotz Demonstrationsverbot auf die Straße mobilisierte. Bei dem sozialdemokratischen Polizeipräsident Karl-Friedrich Zörgiebel war er an der falschen Adresse: Es gab Tote, die von Thälmann und seinen Genossen propagandistisch als Märtyrer mißbraucht wurden. Die KPD bewies sich einmal mehr als gewaltbereite extremistische Partei, die die demokratischen Verhältnisse in der Weimarer Republik abschaffen wollten. Erst ein Jahr später leisteten ihnen die Nazis im Giftschränk der Republikzersetzung Gesellschaft.

Wenn sich die KPD heute als Verteidiger der Demokratie und Bollwerk gegen den Nationalsozialismus selbst anpreist hat das mit der Realität wenig zu tun.

In der DDR hingegen okkupierte die KPD die SPD. Die Zwangsvereinigung fand in der Provinz, wie Wolfgang Leonhard in „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ bei

unwilligen Genossen unter Anwendung von „sanftem“ Druck statt.

Es läßt sich nicht leugnen, daß organisatorisch ein direkter Weg von der KPD zur SED führte. Damit trat diese Partei auch die antisemitische Erbschaft vom Ende der 20er Jahre an. Dort rief die Partei zum Kampf gegen „die jüdischen Kapitalisten“ auf, verbreitete in Millionenaufgaben Flugblätter mit Parolen wie: „Nieder mit der Judenrepublik“. Die führende Genossin Ruth Fischer krakeelte im proletarischen Jargon von physischer Gewalt gegen Juden: „Tretet die Juden-Kapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie“. Zuvor hatten die Kommunisten mehrfach versucht mit Straßengewalt die Macht im Staate zu verschaffen. Nachdem die Bevölkerung in der DDR sinngemäß dem Rat Bertold Brechts gefolgt war und die SED Herrschaft abgeschüttelt hatte benannte sich die Partei im Dezember 1989 in *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS)* um. Schon am 4. Februar 1990 legte die Partei den kontaminierten Namen SED ab und nannte sich nur noch „Partei des demokratischen Sozialismus (PDS). Man fühlt sich an den Werbespruch eines Schokoladenriegels erinnert: „Aus Raider wird Twix – sonst ändert sich nix.“

2007 gab es die nächste Vereinigung. Die vom früheren SPD Vorsitzenden Oskar Lafontaine geführte WASG vereinigte sich 2007 mit der PDS zur Partei die LINKE. Verfolgt man die Berichte in der Presse scheint es so, daß die Genossen erst Lafontaine und zuletzt seine Ehefrau Sarah Wagenknecht von der Parteiführung

weggemobbt haben.

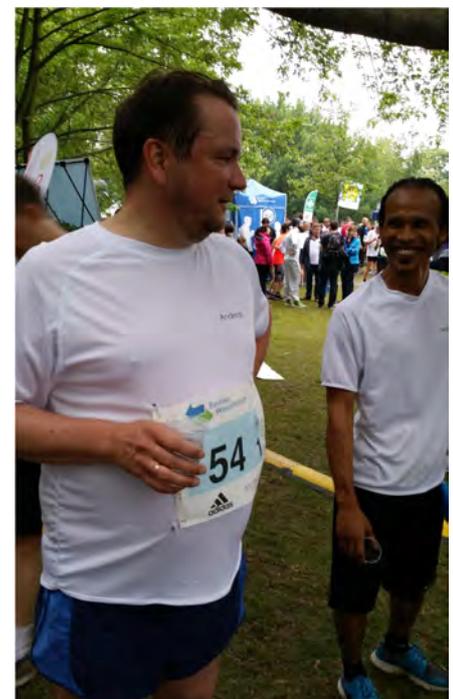
Die Partei die LINKE hat sich bis heute nicht von den bürgerkriegsähnlichen Unruhen, die mit schöner Regelmäßigkeit von 1918 bis 1930 ausbrachen distanziert. Auch ist wenig von der Partei über ihre antisemitischen Ausfälle der 20 er Jahre zu erfahren.

Andreas Wild

14.6.: Laufen für Deutschland



Am Freitag, den 14.6.2019 findet die diesjährige Berliner Team-Staffel veranstaltet durch den SCC statt. Start 18.00 Uhr im Tiergarten. Eine AfD-Staffel ist angemeldet: Es gibt noch freie Startplätze inkl. AfD-Shirt, für die jeweils 5 km langen Staffeldrecken. Anmeldungen unter wild@wild-agh.de



Haltungs-Journalistin: Caroline Rosales

Bücherschreibende Feministinnen sind nicht Neues. Bei Caroline Rosales sieht das etwas anders aus. Die am 9. Juni 1982 in Bonn geborene Journalistin war zunächst ernsthaft bemüht, investigativ zu schreiben. Der gewaltbereite Linksextremismus in Berlin war ihr Feld.



Von der Investigationsjournalistin zur Me-too-Profiturin

Scheinbar waren die Beiträge, die sich neben den ANTIFA-Schlägern, mit der Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen von den LINKEN, dem Rechtsanwalt Sven Lindemann sowie dem LINKEN-Bundestagsmitarbeiter und jW-Autor Nikolaus Brauns beschäftigten sehr unangenehm. Die ANTIFA machte ihr deutlich: Wir wissen wo Du wohnst und wie Du aussiehst.

Rosales zeigte sich „lernfähig“ und betätigte sich nun mehr mit gesellschaftlichen Fragen. Zusätzlich zu den Kolumnen in verschiedenen Zeitungen begann sie Bücher zu schreiben, die ihre eigene gesellschaftliche Situation beschrieb. 2010: „Ich glaub, mich tritt ein Kind“, 2014: „Mama muß die Welt retten und 2018: „Single Mom“ waren alleinerziehenden Müttern gewidmet.

Mit ihrem neuen Buch „Sexuell verfügbar“ möchte Rosales offenbar auf den inzwischen langsamer gewordenen „me too“-Zug aufspringen. In ihren Kolumnen erklärt sie auch die Feindbilder der dekadenten besser verdienen Midlife Frauen: Die AfD (natürlich) aber auch Helene Fischer oder Heidi Klum – also Frauen, die es auf ihren Gebieten durch herausragende Leistungen zu etwas gebracht haben.

Wegen der in ihrem Kiez hausenden AfD-Wähler hat sie ihren Nachwuchs auf einer Privatschule angemeldet. „Die Regelschule kam für mich leider nicht infrage wegen des Klientels ... es geht um die AfD-Wähler.“ Jüngst arbeitete sie sich in den sozialen Medien an dem Bremer Spitzenkandidaten von „Bürger in Wut“, Jan Timke ab.

A. Hohaus

Meinungs-Journalist: Karl-Eduard von Schnitzler



Meinungsjournalist, Propagandist, Stütze der Partei

sich vorstellt. Ihre Vertreter wie etwa Hans Joachim Friedrichs oder Peter Scholl-Latour sind deutschlandweit fast von der Bildfläche verschwunden. Inbegriff des Meinungsjournalisten ist der legendäre Chefkomentator des DDR Fernsehens, Karl Eduard von Schnitzler und seine vielen Mochtgegernachahmer, denen aber die großen Schuhe ihres Vorbildes nicht passen. In dem Propagandafilm „Die Grenze“, den von Schnitzler zur Rechtfertigung des Mauerbaus durch die SED - Machthaber produzieren ließ, beschrieb er einen seiner journalistischen Grundsätze: „Ist die Macht in guten Händen (filmisch mit Walter Ulbricht unterlegt), ist es eine gute Politik. Ist die Macht in schlechten Händen (filmisch mit

Adenauer, Strauß und anderen Westpolitikern unterlegt) ist es eine schlechte Politik.“ Auf dieser Grundlage reihte er in „Der Schwarze Kanal“ – der immer montags im DDR-Fernsehen ausgestrahlt wurde – gelegentlich aus dem Zusammenhang gerissene Zitate des Westfernsehens aneinander, um sie dann zu „kommentieren“. In den 60er- und 70er-Jahren war von Schnitzler im Kalten Krieg eine scharfe Waffe. In den 80er-Jahren alt geworden wurde er zunehmend zur Satirefigur. Anders als manchem halbgebildeten „Haltungsjournalisten“ waren von Schnitzler die Unterschiede zwischen Propaganda, Fake News und Wahrheit bekannt und er nutzte sie – wie man zugeben muß – virtuos. AH

Instrumente der Scheindemokratie : NDPD, Bauernpartei, FDGB



1946 erwarteten die Kommunisten, daß nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED in freien Wahlen deutliche Mehrheiten entstünden. Tatsächlich errangen jedoch LDPD und CDU in Brandenburg und Sachsen-Anhalt Mehrheiten, nur in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern schaffte die SED jeweils eine hauchdünne Mehrheit. Daraufhin veranlaßte die SED 1948 die Gründung von zwei neuen bürgerlichen Parteien unter der Führung von besonders „zuverlässigen“ Genossen. Die NDPD wandte sich gezielt an alte NSDAP-Mitglieder ehemalige Offiziere und Heimatvertriebene. Ulbricht: „diese politisch unklaren Menschen“ sollten bei der nächsten Wahl nicht „das Stimmvieh“ für die bürgerlichen Parteien CDU und LDP abgeben Stellvertretender Vorsitzender der NDPD wurde der gewesene Oberbefehlshaber der 4. Armee Vinzenz Müller, der sich Hoffnung auf eine Wiedervereinigung machte, starb am 12. Mai 1961 in Ostberlin. Die offizielle Version der SED Machthaber lautete Selbstmord.

Während die Gründung der NDPD in der DDR eine politisch spannende

Geschichte hatte war die Gründung der Bauernpartei durchsichtig und wenig politisch ambitioniert. Die SED Machthaber entschieden sich aber „sicherheitshalber“ gar keine demokratischen Wahlen mehr abzuhalten. Alle Parteien schlossen sich zu einem Block zusammen. Die Aufteilung der Mandate wurde zuvor festgelegt. Die Bürger konnten nur die Kandidaten des Blocks durch „Falten“ des Stimmzettels wählen.

Der FDGB der DDR hatte 6 Mio. Mitglieder, es bestand

zwar kein Zwang zur Mitgliedschaft, die Werktätigen wurden stattdessen mit subtilen Instrumenten in die Organisation verfrachtet. Streiks Lohnverhandlungen oder Abkommen über die Verbesserung von Arbeitsbedingungen waren nicht Aufgabe des FDGB. Sinnigerweise übertrugen die SED Machthaber der Mächtigen-Gewerkschaft die Aufgaben der Rentenversicherung. Die Werktätigen konnten dort auch

Rechtsschutz- und Haftpflichtversicherungen abschließen. Verdiente Aktivistinnen der Arbeit konnten damit rechnen über den FDGB in gewerkschaftseigenen Ferienlager-Anlagen Urlaub machen zu dürfen. Ansonsten sah der FDB seine Aufgabe darin, die Partei bei der erfolgreichen Durchführung diverser Pläne zu unterstützen.

Andreas Wild

Staatsreparatur.de
Bevölkerungspolitik 2
 „Neue Deutsche?“ **Blauer Dialog mit Nicolas Seifert**
Machen wir selber.
Maßnahmen zur Geburtensteigerung
 Di. 11.6.19, 19.00 Uhr **Alternative für Deutschland**
 Jungfernstieg 4b
 12207 Berlin, S-Bahn Lichterfelde-Ost
 Andreas Wild, MDA

Leseempfehlung „Bericht aus einem verlorenen Land“

Der Alternative für Deutschland (AfD) wird vorgeworfen, sie sei ausländerfeindlich. Dabei wird unser Anliegen häufig auch von Migranten geteilt und unterstützt. Es sind die gut integrierten Migranten, denen Deutschland eine Heimat geworden ist, die sie bereit sind, zu verteidigen. Einer von denen, die deswegen zur Feder gegriffen haben und Bücher schreiben – die allesamt Bestseller geworden sind – ist Akif Pirincci. Sein 2017 erschienenes neues Buch „Der Übergang“ - Bericht aus einem verlorenen Land, ist ein zugegeben pessimistischer Ausblick auf die kommenden zehn Jahre. Auf 208 Seiten, gegliedert in sechs Kapitel, beschreibt er ein Szenario, wie Deutschland zum Schlechten verändert werden könnte:

Kapitel 1 Dementia, Kapitel 2 Am Beginn des Übergangs, Kapitel 3 Generation Einparkhilfe, Kapitel 4 Die Evolution des Speißers, Kapitel 5 Die fiktionale Wirklichkeit., Kapitel 6 Am Ende des Übergangs.

Viele in unserem Lande haben sich an eine noch vor wenigen Jahren un-

vorstellbare Alltagsgewalt, an islamistischen Terror und an eine Atmosphäre des ständigen Bedrohseins gewöhnt. Juden und Homosexuelle sind augenscheinlich davon besonders betroffen. Andererseits werden große Summen aus dem Staatshaushalt aufgebracht, um die „Zugewanderten“ zu verwöhnen. Mancher findet das alles normal – ich

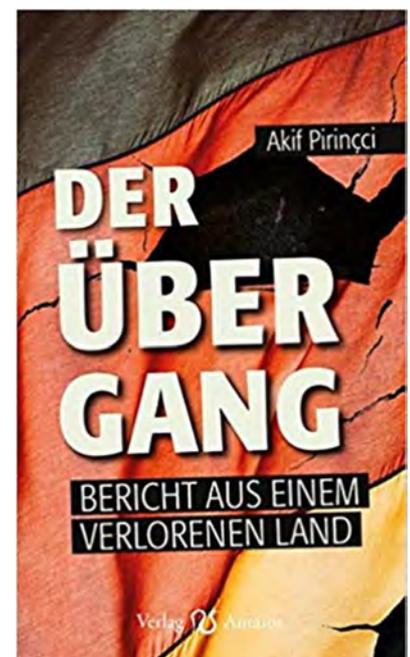


Akif Pirincci

nicht.

Das Buch ist im Antaios Verlag erschienen und kostet 14 EURO. Dieses Szenario muß nicht eintreten. Dafür, daß sich etwas ändert, ist die AfD da. Gleichwohl wäre dem Buch eine große Verbreitung zu wünschen, damit es nicht so weit kommt wie beschrieben.

A. Hohaus



Das soziale Gesicht der „DDR“

Die Sozialleistungen in der DDR hinkten denen in der Bundesrepublik Deutschland weit hinterher. Besonders kraß war die Benachteiligung der „Normalrentner“. Besser ging es nur denen, die eine Sonder- oder Zusatzversorgung hatten. Nur auf dem Gebiet der Familienpolitik übertrumpfte die DDR die Bundesrepublik deutlich: Bei Eheschließung gab es einen Ehekredit von 5.000 Mark. Bei der Geburt von Kindern entfiel die Rückzahlungsverpflichtung.

Kinderkrippen und Kindergärten waren kostenlos. Die Betreuung war vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden gewährleistet. Lediglich für die Kinderspeisung wurde ein

geringer Beitrag erhoben. Der Schwangerschaftsurlaub wurde bis zum Jahr 1976 von 18 auf 26 Wochen bei voller Zahlung des Nettodurchschnittsverdienstes erweitert. Weitere 1.000 Mark wurden als Geburtsbeihilfe gezahlt.

Ab 1958 wurde in der DDR ein staatliches Kindergeld gezahlt. Im Westen gab es zwar schon ab 1954 Kindergeld – aber erst ab dem dritten Kind. Erst 1975 wurde in der Bundesrepublik ein Kindergeld ab dem ersten Kind gezahlt. Auch die knappen Neubauwohnungen wurden Eltern mit Kindern vorzugsweise zugewiesen. Mit der Gleichstellung

der Frau in der DDR war es nix. Im Politbüro der SED saß in den 40er Jahren des Bestehens der DDR nicht eine einzige Frau. Unter den Funktionären in den Bezirksleitungen der SED waren 1984 nur 4 % Frauen.

Andreas Wild

Impressum

Andreas Wild, MdA
 Abgeordnetenbüro
 - Staatsreparatur -
 Jungfernstieg 4 b, 12207 Berlin
 Direkt am S-Bahnhof Lichterfelde-Ost
 030-209677555 wild@wild-agh.de
www.staatsreparatur.de